eigenen Parteifreunde namentlich in der letzten Zeit stellenweise sehr scharfen Tadel erfuhr, daß eine Zeitlang seine Mandatsmüdigkeit einige Wahrscheinlichkeit für sich haben konnte. Bei einem Parteiführer muß man aber berücksichtigen, daß ihm viel Verantwortung persönlich aufgebürdet zu werden pflegt, die eigentlich nur der ganzen Stellung und Zusammensetzung seiner Partei zugerechnet werden dürfte. Bassermann bekam die Führung der Nationalliberalen Partei in einer offensichtlich besonders schwierigen Zeit, wo sie als Mittelpartei zwischen die Feuer der schärfer als je auseinandertretenden extremen Gegensätze im deutschen Parteileben geriet. Ein kurzer Triumph war die Blockpolitik Bülows für ihn. Diese entsprach so ganz dem Bassermannschen politischen Glaubensbekenntnis: Der Liberalismus gleichberechtigt in der Gesetzgebung mit dem Konservatismus. Das sollte die innere Politik Deutschlands auf einer mittleren Linie vorwärtsbringen und der Sozialdemokratie das Wasser bis auf ungefährliche Reste abgraben. Auf diesem Ausgleich der Interessen im Innern sollte sich dann eine starke auswärtige Politik aufbauen lassen. Das Scheitern dieser konservativ-liberalen Paarung machte die Nationalliberale Partei zum Gegenstand der heftigsten Werbungen wie Drohungen von rechts und links. Bassermann glaubte nach gewissenhafter Selbstprüfung auf Grund der Erfahrungen bei der Reichsfinanzreform von 1909 zunächst einmal mehr links halten zu müssen. Ob die damit unzufriedenen, mehr nach rechts neigenden Elemente größeren Anklang bei der Partei gefunden haben würden, darf billig bezweifelt werden. Bassermann hat es bis jetzt immer noch verstanden, das Vertrauen der Parteitage über alle Gegensätze hinweg für sich zu gewinnen. Seine elegante, geistvolle Rednergabe, sein diplomatisches Geschick, seine über alle Zweifel erhabene nationale Begeisterung würden auch nicht so leicht durch einen anderen ersetzbar sein. So wird er wohl die Führung seiner Partei noch fernerhin auch in der jetzigen schwierigen Zeit behalten, trotzdem die Aussicht auf eine Wiederkehr d[illegible] und seiner Partei sympathischen Bülow-Blockpolitik zur weniger denn je für sich hat.

Politische Tagesschau.

24. Juli.

* **Das Schicksal der Reichsbesoldungsordnung.** Eine Berliner Korrespondenz zufolge sind noch keinerlei Beschlüsse darüber gefaßt, ob die gescheiterte Novelle zur Reichsbesoldungsordnung im nächsten Winter dem Reichstag von neuem vorgelegt werden soll. Wahrscheinlich werde sie nur dann wieder eingebracht, wenn mit Sicherheit zu erwarten sei, daß sich eine Mehrheit für die Vorlage findet. Es ist ferner angedeutet, daß die Vorlage nicht über den Rahmen dessen, was bei der Beratung der gescheiterten Novelle von den verbündeten Regierungen zugestanden wurde hinausgehen werde.

* **Eine Denkschrift über die Wirkung der deutschen sozialpolitischen Gesetzgebung.** Wie die Neue Preuß. Corr. erfährt, bereitet das Reichsamt des Innern zurzeit eine Denkschrift über die Wirkung der deutschen sozialpolitischen Gesetzgebung vor. Bei der Abfassung der Denkschrift wird von dem Gesichtspunkt ausgegangen, alle Gebiete der sozialpolitischen Arbeit auf die erzielten Erfolge hin kritisch zu untersuchen. Der Hauptwert wird in der Denkschrift allerdings auf die wirtschaftliche Seite der Fragen gelegt werden.

* **Ein amtlicher Hinweis auf § 11 des neuen Spionagegesetzes.** Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: In letzter Zeit mehrfach wahrgenommene Pressenachrichten über die Festnahme von Personen, die sich des Verrats militärischer Geheimnisse schuldig gemacht haben lassen einen Hinweis auf den § 11 des neuen Spionagegesetzes vom 3. Juni 1914 angezeigt erscheinen. Hierin ist unter gewissen Einschränkungen jede Veröffentlichung über Verstöße gegen dieses Gesetz unter Strafe gestellt, sofern nicht die Behörde, welche die Ermittlungen leitet, die Erlaubnis erteilt hat, den in Frage kommenden Fall in die Oeffentlichkeit zu bringen.

* **Reichstagsstichwahl.** (Vorläufiges amtliches Wahlergebnis.) Bei der gestrigen Stichwahl im Reichstagswahlkreise Labiau-Wehlau erhielten Bürgermeister Wagner-Tapiau 9072 und Amtsrat Schrewe-Kleinhof-Lobiau 7650 Stimmen. Ungültig waren 10 Stimmen. Bürgermeister Wagner ist somit mit einer Mehrheit von 1422 Stimmen gewählt.

* **Ausdehnung eines Reichsgesetzes auf Bayern.** Das neue bayrische Armenrecht ist gestern von der bayrischen Abgeordnetenkammer mit 110 gegen 23 Stimmen angenommen worden. Die Opposition bestand hauptsächlich aus Sozialdemokraten. Durch das neue Armenrecht wird das Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz auch auf Bayern übertragen. Die Kosten der Armenpflege werden damit in Zukunft mehr den größeren Städten zur Last gelegt.

* **Sozialistische Zahlen.** In dem Bericht des sozialistischen Parteivorstandes an den Parteitag in Würzburg heißt es über die Organisation: Die Ideenrichtung der letzten Jahre hat auf unserem Mitgliederzuwachs hemmend gewirkt. Während die Ziffern 10910 136 1911 161, 1912 159 [illegible] stellt sich 1913 nur auf 13 [illegible] Befriedigend ist der Mitgliederstand am Schlusse des neuen Berichtsjahres. Die Mitgliederziffer stieg von 982 850 am 31. März 1913 auf 1 85[illegible] am 31. März 1914.

* **Die politischen Arbeiterausgaben.** Der Parteivorstand teilt mit, daß bei einem Einbruch in das Büro des [illegible] in Kassel stattfindenden Gewerkschaftskongresses des Gau Hannover des deutschen Metallarbeiterverbandes [illegible] Verein als politischer Verein [illegible] zug könnte zu Kundgebungen führen, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen.

* **Eine Weltfriedenskonferenz.** In der Zeit vom 1. bis 4. August findet in Konstanz eine [illegible] eines halben Jahrhunderts. Die Konferenz führt den Namen international worlds peace-conference.

* **Kein Ende der albanisch-rumänischen Grenzwirrnisse.** Der Conference Rouma ino zufolge [illegible] vom Mittwoch bei Grenzstadt 50 Pro[illegible] bulgarische Grenzwache, welche eine aus [illegible] stehende rumänische Patrouille angriff [illegible] wechselte. Ein Bataillon [illegible] Ein Kommission untersucht den Zwischenfall.

* **Die Home rule-Konferenz** ist am Donnerstagvormittag wieder zu einer Sitzung zusammengetreten. Die Londoner Presse ist fast allgemein der Ansicht, daß die Konferenz im Buckingham-Palast auf dem toten Punkt angelangt ist und vermutlich ohne Ergebnis auseinandergehen wird. Die Sitzung der Konferenz dauerte zwei Stunden. Anschließend hatte Asquith eine Audienz beim König. Am Freitag soll eine neue Sitzung stattfinden.

* **Das Einschreiten der Union in Haiti.** In Guantanamo sind bereits 300 amerikanische Marinesoldaten gelandet worden. Insgesamt wurden dort 1000 Marinesoldaten für den etwaigen Dienst in San Domingo und Haiti zusammengezogen. Der haitianische Gesandte hatte eine Unterredung mit Staatssekretär Bryan in der er erklärte, daß eine Intervention eine Anzahl von Gegenrevolutionen zeitigen und die Aufrechterhaltung der jetzigen Regierung notwendig machen würde.

Stadtverordnetensitzung zu Aue.

* Unter dem Zeichen der Ferienstimmung stand eine für gestern nachmittag 6 Uhr einberufene Sitzung der Stadtverordneten. Als die Mitglieder des Kollegiums um ¼7 Uhr von einer Besichtigung in Sachen des Teilbebauungsplanes Zelle im Stadtverordneten-Sitzungssaale eintrafen, da stellte es sich heraus, daß 13 von ihnen anwesend waren, während es zur Beschlußfähigkeit mindestens 14 hätten sein müssen. Da die anderen 13 Herren (ein Mitglied ist bekanntlich verstorben) ordnungsgemäß entschuldigt waren, so war guter Rat teuer. Man ließ es sich aber nicht verdrießen bei entschuldigten Herren telephonisch Umfrage zu halten, auch durch Aussendung eines Boten Beschlußfähigkeit zu erzielen zu suchen, denn ein wichtiger Punkt sollte in nichtöffentlicher Sitzung wenn nur irgendwie Erledigung finden, nämlich eben die Beschlußfassung über den Teilbebauungsplan Zelle, zu welchem vorbereitenden Zwecke schon die örtliche Besichtigung vorangegangen war. So wurde es ¾7 Uhr und schon sollte die Sitzung vertagt werden, als Herr Lohn sich erbot, Herrn Höser bestimmt telephonisch beholen zu wollen. Das gelang ihm auch, um ¾8 Uhr traf der Erwartete ein und kurz darauf konnten denn die Verhandlungen ihren Anfang nehmen in Anwesenheit von 14 Mitgliedern des Stadtverordneten-Kollegiums und fünf Ratsmitgliedern unter Führung des Herrn Bürgermeisters Hofmann. Herr Bürgerschullehrer Bär, der in Abwesenheit des Herrn Justizrats Raabe als erster Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter den Vorsitz führte, begrüßte den 13 Herren, die von Anfang an da waren, für [illegible] Herrn Höser aber besonders für sein die [illegible] Erscheinen, worauf in die Tagesordnung eingetreten wurde. Deren ersten Punkt bildete das

Ortsgesetz für die Krankenhilfe

[illegible] städtischer Beamter, Beamtinnen und sonstige Angestellte. Bekanntlich dieses Jahres war beschlossen worden, die städtischen Beamten usw., die der Versicherungspflicht nach der [illegible] Gesetzgebung unterliegen würden, von dieser zu befreien und hier für die vorgeschriebenen Bedingungen Gewähr zu leisten. Die Kreishauptmannschaft hat vorgeschlagen, dies in Form eines Ortsgesetzes zu tun, das nun [illegible] genehmigen war. Es umfaßt drei Paragraphen [illegible] bereits ab 1. Januar 1915 in Kraft treten. Nach Verlesung der Bestimmungen wurden diese ohne Aussprache einstimmig genehmigt, worauf die Kosten zu bewilligen [illegible] zum Bau eines

Fußweges in der Schneeberger Straße,

[illegible] auf deren nördlicher (rechter) Seite von der [illegible] zur neuen katholischen Kirche. Die Amtshauptmannschaft hat hiezu ihre Genehmigung erteilt (sie [illegible] tig, weil es sich um eine Staatsstraße handelt) und [illegible] C. F. Georgischen Erben haben sich bereit erklärt, [illegible] unbebauten Grundstücken dazu erforderlichen [illegible] zu überlassen unter der Bedingung, daß die Stadtgemeinde die Kosten für Zurücksetzung des Zaunes trägt. Die Kosten für Herstellung des Sandfußweges belaufen sich auf 661 Mark, wovon, wie Herr Stadtrat Schubert erklärte, 1000 Mark als Anliegerbeiträge sofort werden einzuziehen. Von den C. F. Georgi Erbschen Grundstücken können die Anliegerkosten gesetzlicher Bestimmung gemäß erst dann eingezogen werden, wenn die Grundstücke bebaut werden. Das Kollegium bewilligt einstimmig die geforderten 6000 Mark, wie es sich auch damit einverstanden erklärte, daß die Kosten der Zaunzurücksetzung auf die Stadtgemeinde übernommen werden. Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf

Straßenteerung.

Anläßlich Februar dieses Jahres waren 500 Mark bewilligt worden, als Beitrag zur Straßenteerung am Schlachthofe und vor dem Amtsgerichte. (Die Teerung läßt die Amtshauptmannschaft vornehmen.) Es ist nun der Wunsch zur Sprache gekommen, daß, falls die Teerung sich bewährt, auch der Eingang der Schneeberger Straße zur Stadt geteert wird. Der Rat hat diesen Anlaß benutzt, beim Finanzministerium um eine Pflasterung der Staatsstraßen innerhalb der Orte zu bitten, ein Wunsch, der aber erst 1916 Berücksichtigung finden kann. Es soll deshalb im Jahre 1915 das Stück der Schneeberger Straße vom Café Georgi bis zur Bahnhofstraße geteert werden, wofür nach den von der Amtshauptmannschaft aufgestellten Bedingungen für Teerbeitrag [illegible] Mark zu zahlen wären. Diese Summe wird bewilligt, worauf nach einer Dauer von knapp 15 Minuten die öffentliche Sitzung beendet war, der sich eine nichtöffentliche anschloß.

Von Stadt und Land.

* **Gedenktage** am 24. Juli: 1899 Schluß der Friedenskonferenz im Haag. 1904 Sieg der Japaner über die Russen bei Taschichia. 1908 Walter Leistikow, Maler, † Berlin.

Aue, 24. Juli.

Lokalnotizen, die durch ein Korrespondenzzeichen kenntlich gemacht sind, auch im Auszuge — nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

* **Briefbestellung beim Postamt in Aue.** Aus folgender Zusammenstellung ist die planmäßige Bestellung der aus den einzelnen ankommenden Posten herrührenden gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen beim Postamt Aue zu ersehen:

Lfd. Nr.	Ankommende Posten: Bezeichnung	Zug-Nr.	Planmäßige Ankunft	Bestellung im Ort: Nr.	Bestellung im Ort: Beginn	Bestellung nach d. Land: Nr.	Bestellung nach d. Land: Beginn
	Chemnitz-Adorf	1764	6.26	1. Best.	7.30	1. Bestellung	7.30
	Werdau-Aue	1952	6.21				
	Annaberg-Aue	1953	7.56	2. Best.	10.45		
	Werdau-Aue	1954	10.2				
	Zschorlau	—	10.55				
	Schneeberg-Aue	2057	11.5	3. Bestellung	3.00	2. Bestellung	3.00
	Adorf-Chemnitz	1767	11.4				
	Annaberg-Aue	1955	11.8				
	Chemnitz-Adorf	1772	11.8				
	Werdau-Aue	1958	2.11				
	Chemnitz-Aue	1774	2.29				
	Zschorlau	—	4.30	4. Bestellung	5.30	Am folgenden Tage mit der 1. Bestellung	
	Adorf-Chemnitz	1773	4.43				
	Annaberg-Aue	1959	4.48				
	Chemnitz-Adorf	1776	4.48				
	Werdau-Aue	1960	4.44				

Die aus den später eingehenden Posten herrührenden Briefsendungen werden am folgenden Tage mit der erst. Bestellung ausgetragen.

---

nen Advokaten enthält zurzeit mehr als 1300, zum Teil hochberühmte Namen. Auf diesem Tableau, einer wahren Ruhmesliste, figurierten, um nur die Bekanntesten zu nennen, u. a. Ledru-Rollin, Barbier, Emanuel Arago, Jules Grévy, Allou Lenté, Lachaud, Jules Favre, Jules Ferry, Rousse, Gambetta, Léon Cléry, Waldeck-Rousseau, Barboux usw.; auf ihm finden wir heute u. a. den Präsidenten der Republik Raymond Poincaré, sodann Ribot, Léon Bourgeois, Millerand, Barthou, Viviani, Labori, Henri Robert, Comte d'Haussonville, Rousset, Busson-Billault und viele andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens die sich zeitweilig oder für lebenslang der juristischen Laufbahn gewidmet haben.

Fast jede dieser Namen ruft die Erinnerung wach an irgendeine Cause célèbre, irgendeinen sensationellen Prozeß, dessen Peripetien, wie z. B. beim gegenwärtigen nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa mit begreiflicher Spannung verfolgt werden. Erwähnen wir ganz kurz ein paar dieser Affären, deren Schauplatz sich vor den Assisen des Seinetribunals abgespielt hat. Hier verteidigte der unerschrockene Berryer im Jahre 1815 den wegen Hochverrats angeklagten Marschall Ney; hier trat Chaix d'Est-Ange in die Schranken, als es galt, die vier Sergeanten von La Rochelle zu retten, die 1822 wegen des Komplottes gegen die Bourbonen vor den Assisen standen; hier suchte Jules Favre den Verschwörer Orsini nach dem Attentat gegen Napoleon (1858) wenigstens vor der Guillotine zu bewahren; Barboux und du Buit entfalteten hier ihre überzeugende Beredsamkeit in zwei historisch gewordenen Theaterprozessen, als Sarah Bernhardt sich im Jahre 1880 vor Gericht wegen Kontraktbruchs infolge Verlassens der Comédie Française verantworten mußte, und Coquelin der Aeltere 1896 mit demselben Theater in Konflikt geriet. Hier hatte Rousse in der tragikomischen Affäre Duvérdy contra Zola den berühmten Romanciers zu verteidigen, als dieser, ohne es zu ahnen, dem bürgerlichen Halunken in Pot-Bouille den Namen eines braven Advokaten gegeben hatte; was dem letzteren so wenig gefiel, daß er die gerichtliche Umtaufung des Bösewichts und ein dem literarischen Renommee Zolas entsprechendes Schmerzensgeld verlangte. Hier standen schließlich Barboux und Waldeck-Rousseau im Panamaprozeß, Labori in der Dreyfusaffäre, Antony Aubin im Prozeß Steinheil und Henri Robert in der Mordsache Gouffé auf ihrem Posten und erreichten die Freilassung ihrer Klienten, bzw einen dem Rechtsgefühl entsprechenden milderen Urteilsspruch — Und wie steht's denn mit den Pariser Advokatinnen? fragt die wohlunterrichtete Leserin. Die Frage ist berechtigt. In der Tat bewerben sich in der jüngsten Zeit außer den würdigen Messieurs auch die graziösen (oder wenigstens bis über die Stirnlocken fürchterlich gelahrten!) Dames du palais um die Gunst der hohen Justitia. Und durchaus mit Erfolg! Bis jetzt sind nur einige zwanzig Advokatinnen am Tribunal der Seine tätig, sodaß sie unter der großen Menge ihrer männlichen Kollegen fast verschwinden. Indes haben trotzdem bereits einige von ihnen durch ihren unermüdlichen Eifer und den Ernst, mit dem sie ihrer recht undankbaren Beschäftigung nachgehen, die Blicke auf sich gelenkt. Von ihnen wäre speziell Marie Vérone zu nennen, die sich mit einer solchen Hingabe der Frauen und Kinder annimmt, daß ihr wiederholt der öffentliche Beifall der Behörde und nicht zuletzt der maßgebenden Persönlichkeiten des Barreau zuteil geworden ist. Leider befaßt sich die treffliche Advokatin nicht mit Kriminalaffären, à la Caillaux. Sonst hätte man vielleicht das in den Justizannalen unerhörte Schauspiel erlebt, daß die Heldin eines politischen Dramas durch eine Heroine der forensischen Beredsamkeit verteidigt worden wäre. Trösten wir uns: auch ohne einen solchen femininen Clou ist die Affäre Caillaux durchaus dernier cri.

Robert Fleurmont-Paris